

Der Halle vierteljährlich 2,50 M., bei  
einmaliger Zustellung 2,75 M., durch  
die Post 3,25 M., anst. Zustellungs-  
gebühr. Bestellungen werden von allen  
Reichspostämtern angenommen.  
Der amtlichen Zeitungs-Bezeichnung  
unter „Saale-Beitung“ eingetrag.  
Für die Redaktion verantwortlich:  
Gedruckert  
Dr. Wilhelm Wünger in Halle.  
Erscheinenszeit von 10<sup>1/2</sup> bis 12<sup>1/2</sup> Uhr.  
(Hauptredaktion: Schillingstraße Nr. 2032. — Geschäftsstelle Nr. 176.)

# Saale-Beitung.

werden die Stellenstelle oder deren  
Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit  
20 Pfg., berechnet und in der Geschäfts-  
stelle, von unseren Annoncenstellen  
und allen Annoncen-Expeditionen an-  
genommen. Zeilen die Zeit 75 Pfg.  
Erhalten höchstens 10 Zeilen;  
Sonntags und Feiertagen einmal,  
sonst zweimal täglich.

Schreibweise und Sample-Geschäfts-  
stelle: Halle, Nr. Bauhausstraße 17;  
Neben-Geschäftsstelle: Markt 24.

## Interessenpolitik.

Als Bismarck die Schutzpolitik zur wirtschaftlichen Er-  
stärkung Deutschlands auf seine Fahne schrieb und die ein-  
zelnen Stände zur Anmeldung ihrer Sonderwünsche auf-  
forderte, gab er das Signal für den Beginn einer Ära  
unserer inneren Geschichte, die unter dem Zeichen der  
Interessenpolitik steht. Er trieb in die einzelnen  
Parteien einen Keil hinein durch Verbreitung der Lehre,  
dass die Parteien sich weniger nach politischen Grundfragen,  
als nach materiellen Interessen zu gruppieren  
hätten. Eine Entzündung nach dieser Richtung war aller-  
dings durch das Wachstum seiner Industrie, durch den glänzenden  
Aufschwung seines Handels und seiner Schifffahrt von selbst  
gegeben. Das Volk der Denker und Dichter war zu einem  
die Güter der Erde praktisch verarbeitenden, materiellen Werte  
schaffenden Volke geworden. Es war natürlich, dass auch  
das öffentliche Interesse sich mehr und mehr den wirtschaft-  
lichen Fragen zuwandte und die Parteien in die wirtschaft-  
lichen Interessenkämpfe hineingezogen wurden. Bismarck  
hatte den einzelnen Ständen die Hilfe des Staates an-  
geboten und es ging ihm bald wie dem Zauberköcherling:  
Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los. Alle  
schaffenden Stände verlangten bald nach dem „Schutz der  
nationalen Arbeit“ durch Zölle auf ihre Produkte. Die Land-  
wirtschaft geriet in ein gereiztes Verhältnis zu Handel und In-  
dustrie, das Großgewerbe zum Kleingewerbe, der kaufmännische  
Mittelstand zu den Großhändlern und Warenhändlern. Alles  
verlangte nach Staatshilfe für seine Interessen und ließ  
sich man in der Förderung des eigenen Interesses die  
Förderung des Gesamtinteresses. Die Werbung des prakti-  
sich wirtschaftlichen Strebens wurde zwar der Gesamtheit zu Zug  
und Frommen. Der Wohlstand und die Lebenshaltung nahmen  
einen mächtigen Aufschwung im Deutschen Reich. Gleich-  
zeitig aber wurde das interpolitische Leben gerüttelt durch  
den Kampf aller gegen alle.

Der größten Vorteil aus diesem Kampfe zog die Sozial-  
demokratie. Als rein politische Partei flatterte sie ihr Programm  
mit liberalen Ideen aus, und sie würde einen großen Teil ihrer  
Anhänger an die liberalen Parteien verloren haben, würde  
nicht auch sie die Pflege der materiellen Interessen als ihre  
Hauptaufgabe betrachtet haben, und würde es ihr nicht so  
leicht gemacht worden sein, das Recht hierzu aus den völlig  
gleichartigen Bestrebungen der „höheren Stände“ herzuleiten.  
Die Haupttriebfeder der Sozialdemokratie blieb das Streben  
nach materieller Gleichberechtigung, mit der man die  
politischen und geistigen Emanzipationsbestrebungen des  
vierten Standes in geschickter Weise zu verbinden wusste.  
Freilich noch wie in der Welt ist der Geist und der politische  
Einfluss des Handarbeiters gleich demjenige des Grund-  
besitzers, des Fabrikanten, des Großhändlers, des höheren  
Beamten. Die Geschichte aller Staaten lehrt, dass stets die  
Wohlführenden und die Hohergestellten vermehrten Einfluss  
im Staateleben ausüben, und nur eine Revolution konnte  
hierin wirklich eine radikale Änderung herbeiführen. Nur  
aber den Glauben aufrecht zu erhalten, dass durch diese  
Revolution nicht einfach die alten Zustände wiederkehren  
und das alte Gesetz aller Staaten vom höheren Einfluss  
der Bildung und des Vermögens wieder zur Geltung käme,

musste ein Phantasiestaat erkunden werden, wie er nie  
existiert hat und nicht existieren kann, in dem der Fabrik-  
arbeiter gleichen Einfluss ausübt wie der Fabrikant, der  
Handwerker sich deselben materiellen Lebensgenusses erfreut  
wie der Schlossherr. So wurden die materiellen Bedürfnisse,  
die die Gegenwart nicht befriedigt, gestiftet durch die Vor-  
siegelung eines materialistischen Zukunftstraumes, der  
um so mehr Anhänger finden musste, je ungeschulter das  
politische Denken der Massen in Deutschland war und je  
größer überall die Zahl der „Ausgebeuteten“ ist gegenüber  
der Zahl der „Ausbeuter“.

Die Interessenpolitik hat vor allem einen Keil in die  
bürgerlichen Parteien getrieben, an deren Einigung  
daher in absehbarer Zeit nicht zu denken ist. Bei jeder  
Diskussion über wirtschaftliche Fragen, nicht nur in Zoll-  
angelegenheiten, sondern auch bei der Brauseur, bei  
Spiritus- und Zuckersteuern, beim Biersteuern und  
Biersteuerreform, beim Biersteuern und Biersteuerreform,  
und zwar nicht nur zwischen konservativ und liberal, sondern  
auch innerhalb der liberalen Parteien selbst. Das Interesse  
an den großen Kulturfragen wird durch die Frage nach  
dem Brot- und dem Kohlenpreis, nach der Biersteuerung  
und den Konsumvereinen in den Hintergrund gedrängt.  
Freilich eine Partei nur auf die Vertretung wirtschaftlicher  
Interessen zu gründen, ist bisher stets mißlungen. Das  
parlamentarische Gesetz des Bundes der Landwirte ist ein  
Beispiel dafür, und das territoriale System unferer Reichs-  
tagswahlrechts, durch das Bezirke und nicht Stände und  
Parteien im Parlament vertreten werden, ist ein weiteres  
Beispiel gegen die Schaffung rein wirtschaftlicher Stände-  
vertretungen. Wir hätten sonst schon längst eine Elementar-  
lehrepartei, eine Partei der kleineren Kaufleute, eine Partei der  
Handwerker, vielleicht auch eine der Arbeiter und eine der  
Hausbesitzer usw. Auch dem angestrebten Versuch, die wirt-  
schaftlichen Interessen bestimmter mittlerer Stände in  
einer politischen Partei zusammenzufassen, ist kein großer  
Erfolg vorausgegangen, da die wirtschaftliche Basis allein sich  
stets für die Parteibildung als zu schwach erwies hat. Der  
Mensch lebt nicht von Brot allein. Gewiss ein gesunder Mittel-  
stand hat sich stets als eine gesunde Basis des Staatelebens  
erwiesen. Seine Stärkung ist ein Interesse aller Parteien.  
Es ist aber gefährlich, immer nur die Staatshilfe dafür an-  
zurufen. Denn jede Hilfeleistung an den einen Stand rüft  
das Begehren und den Neid des andern hervor. Schulz-  
Delich hat sorgfältig vorausgesehen, wohin das all-  
gemeine Verlangen nach Staatshilfe statt der Selbst-  
hilfe führen muß, für die doch im modernen Staate durch  
die Koalitionen- und Gewerbetreiberei die Bahn frei gemacht  
worden ist und frei erhalten werden muß. Auch Heinrich  
von Treitschke hat seine Stimme ungehört erhoben, als  
er bei Beginn der Schulzdelich'schen Vorlesungen einer  
Entsehung der wirtschaftlichen Selbsthilfe warnte.

Die Parteien von heute werden wohl eher über im Strome  
der Interessenpolitik mit fortgerissen. Sie haben nur sorg-  
fältig darauf zu achten, dass sie nicht zu tief darin unter-  
tauchen. Sie werden niemals grundständig den einzelnen  
Ständen die Staatshilfe versagen. Sie werden die ein-  
zelnen Notstände und Wünsche wissen auf ihre Zeitigkeit,  
und die vorgeschlagenen Hilfe auf ihre Berechtigung  
mit einer vorparlamentarischen staatslichen Entwicklung  
und mit der Gerechtigkeit gegen andere Stände. Sie werden sich

aber stets nach dem Nutzen fragen, den neben dem einzelnen  
Stande die Gesamtheit aus der staatslichen Förderung von  
Sonderinteressen ziehen kann.

Die Vertiefung des Schwerpunktes unserer inneren Politik  
vom Gebiete der politischen und Kulturfragen auf das  
der wirtschaftlichen Interessenkämpfe ist mit der In-  
angrängung der Schutzpolitik geboren. Es lange daher fast  
alle Staaten der Welt bei dieser Politik beharren, ist auch  
in Deutschland ein Umwidmung nicht zu erwarten. Die  
wirtschaftliche Blüte ist und bleibt freilich auch der unent-  
behrliche Nährboden, aus dem die kulturelle Blüte ihre Kraft  
sagt. Im neuen Werke werden darum die wirt-  
schaftlichen Fragen immer den Rang behaupten, den sie  
in allen politisch führenden Nationen der Gegenwart ein-  
nehmen. Aber das bleibt zu hoffen — und vielleicht  
trägt dazu die wirtschaftlich ruhigere Zeit — dass ihre die,  
die wir nach Abschluss der neuen Handelsverträge zu erwarten  
haben — das gegenüber dem Interesse am Zoll- und  
Einkaufspreisen das Interesse am politischen und Kulturleben  
der Nation neu erkaute und das gegenüber dem Interessen-  
kampf der Stände untereinander der Blick wieder hell werde  
für die großen Aufgaben der Gesamtheit, für die politische  
und Kulturmission des deutschen Volkes.

## Deutsches Reich.

### Symptome der Einfuhr.

Der erfolgreiche Ansturm des Kartells der National-  
sozialen und Sozialdemokraten gegen den agrarischen  
Wahlstand im Reichstag im Jahre 1894 und die Reaktion  
zum obersächsischen Landtag hat weit über die Kreise  
des Reichstages hinaus in liberalen Kreisen lebhaftes Verdrüss  
herbeigeführt, und zwar aus mehreren Gründen. Erstens ist  
es kaum gelungen, die Agrarier aus ihrer über sich erheben-  
sicheren Domäne hinauszuzerren. Zum zweiten hat es sich  
ergeut, dass ein Kartell zwischen den sozial-fortschrittlichen  
Kreisen des Liberalismus mit der Sozialdemokratie in der  
Prozess bei einigen guten Willen auf beiden Seiten feinschwerg  
zu großen Schwierigkeiten zu begegnen braucht, wie man dies  
sich auch jetzt noch annehmen. Die Sozialdemokraten hätten  
entsprechend der Zahl ihrer Wahlmänner, die die der National-  
sozialen um das Doppelte übertraf, Anspruch auf zwei Land-  
tagsmandate gehabt; sie haben jedoch, da der Erfolg des  
Kartells in diesem Falle ein zweifelhafter sein konnte,  
ohne sich lange zu sträuben, diesen Anspruch fallen  
lassen und sich mit einem Mandat begnügt. Beide  
Parteien einigten sich über den vierten Kandidaten dahin,  
dass er aus einer zwischen den beiden Parteien lebenden Nicht-  
entnommen wurde, nämlich auf einen Kandidaten der  
freisinnigen Volkspartei, obwohl die Volkspartei im  
Kartell mit den Nationalsozialen nicht einen einzigen Wahlmann  
durchzubringen vermocht hatte. Ferner hat es sich bei dieser  
Wahl aber auch gezeigt, dass die Wechseltung, die liberalen  
Wähler oder Wahlmänner, die dem Parlament sitzen zu angehören,  
würden aus diesem Grunde Absichten trafen, öffentlich für  
sozialdemokratische Kompositionskandidaten zu stimmen, grundlos  
waren. Unter den nationalsozialen Wahlmännern, die für das  
Kompositum geltend haben, lebten sich auch einige Lehrer.  
Die liberalen Wahlmänner haben damit allerdings auch nicht  
andere getan, als was die Wahlmänner des Reichstages, die dem

## Feuilleton.

### Die Religion der Japaner.

In einem „Japan, by the Japanese“ betiteltten Buche  
veröffentlicht Alfred Stead Mitteilungen und Zuschriften,  
die er von den berühmtesten jetzt lebenden Japanern über die  
gesamte materielle und geistige Kultur des modernen Japan  
erhalten hat; besonders interessant sind hier die Ausmerkungen,  
die von der japanischen Religion handeln und viel dazu  
beitragen können, die seitliche Grundstimmung, die Welt-  
anschauung, die vielfachen Vorzüge, aber auch die manig-  
fachen Schwächen in dem stilllichen Charakter der  
modernen Japaner zu beleuchten.

Darüber äußert sich Professor Inazo Nitobe. Er  
meint, Japan habe keine Religion in europäischer  
Sinn. Ihm müsse das „Buddhismus“, die allererste Tra-  
dition einer sittlichen Moral, jene tiefen und lebenswichtigen  
Gesetze ergeben, die sonst eine religiöse Regierung  
erweckt. Das „Buddhismus“ erklärt der Professor für einen  
Ehrenbegriff. „Es ist nicht vom Himmel her gesandt  
worden, und dieser Glaube kann sich auch keines Stütz-  
punktes, der ihm begründet, stützen. Seine tiefste Wurzel hat er  
in dem eingeborenen heiligen Gefühl der Ehrer für allem  
Unrecht und in dem tiefen Willen, den rechten Weg zu  
gehen. Es gibt keine philosophischen Gründe für dieses  
Stützengest, aber es ist gleichbedeutend mit dem fäntlichen  
Moralprinzip, das an die Stelle der himmlischen Ver-  
bindungen die Stimme des Gewissens setzt.“ Die erste  
Macht jedes Menschen ist, Herr seiner selbst zu sein. Unter  
Gewissen ist das einzige Kriterium für gut und böse.  
Zapferkeit ist die höchste Tugend; zu leben und zu er-  
leben sind die Pflichten des Mannes. Rechtschaffenheit  
und rechtlicher Sinn sind eng verbunden mit einem tapferen  
vornahmen Bestimmung. „Die Liebe, wie sie Christus er-  
lehrt“, sagt der Professor, „die ist das „Wichtigste“, das  
„Weltmännliche“ ist Mitleiden und ein wohlthätiger Sinn.“

Das „Buddhismus“ gründet alle Moral nicht auf die Ehe,  
sondern auf die Kindheit, auf die Abkammerung; das  
Christentum lehrt, dass die Liebe der Gelechte stärker sein  
soll und mächtiger als die zwischen Eltern und Kindern.  
Für den Japaner ist alles Höchste und Schönste in der  
Kinderpflicht befolgslos.

Nitobe kommt zu dem Resultat: „Die Religion des  
Japaners ist nicht die, die Christus lehrt; es ist eine  
Mischung und Bindung aus vielen Bestandteilen, ein  
Konglomerat von etwas alter jüdischer Stumpfheit, von  
agrarischer Asele, griechischer Erhabenheit, römisch zäpen  
Aberglauben und von deutscher Mystik.“ „Buddhismus“ ist  
mehr eine Sache des Gemüths als eine Sache des Glaubens.  
Professor Suzuki ist jetzt auseinandergesetzt, dass die wahre Religion  
der Japaner in Aneverebrung besteht, und dieser  
Kult, der zu den Vorfahren des Kaisers, den Ahnen des  
Stammes und den Urvätern der eigenen Familie betet, hat  
einen großen Einfluss auf Leben und Sitte des Japaners;  
auf diesen Ahnentum sind die wichtigsten Institutionen ge-  
gründet. Dieser Mangel an einer eigentlichen Religion  
scheint doch einen gewissen moralischen Tiefstand herbeif-  
geführt zu haben. Das kaufmännische Egoismus des  
Japaners soll, nach einer Angabe der größten japanischen  
Kaufleute, davon schuldlos, sehr gering sein, und auch  
die Erziehung lehrt darunter, dass kein bestimmter, religiöser  
Kanon stiftlicher Gebote vorhanden ist.

Von den Verhänden, eine neue Religion zu begründen,  
sagt Graf Okuma: „Einige wollen in allen Formen zurück-  
kehren, die dem vaterländischen Sinn entsprechen; andere  
wollen das Christentum einführen; andere leben sich an  
Kant an; andere wieder an andere Philosophen. Alles ist  
in Verwirrung; nur ein Punkt da helfen; wenn ein großer  
Mann, ein Führer der Menschen auftaucht, der alle mit sich  
fortreißt.“ Nicht viel hoffnungsvoller als diese Ausmerkungen  
sind die Mitteilungen über die Verbreitung des  
Christentums in Japan und die Bedeutung, die ihm  
in diesem Chaos von Religionen zukommt, die ein Mit-  
arbeiter des „Sunday Magazine“ auf Grund von Mit-  
teilungen erfahrener Missionare gemeldet hat. Er behauptet,  
dass kein Volk auf Erden sich dem Atheismus mehr nähert

als die Japaner. Das Christentum macht dem auch in  
Japan nur sehr langsame Fortschritte. Kein Zeichen deutet  
darauf hin, dass man sich wirklich der christlichen Lehre zu-  
wende. Viele hervorragende Männer begünstigen zwar die  
Einführung des Christentums als Staatsreligion des  
Landes, und eine Kommission japanischer Staatsmänner,  
die vor einigen Jahren Europa bereiste, um die abend-  
ländische Kultur zu studieren, riet zu diesem Schritt, aber  
wenn dies Ereignis wirklich — und das ist nicht so un-  
wahrscheinlich — eintreten sollte, so wäre es eine rein  
politische Maßnahme.

Nicht allgemein dürfte die Tatsache bekannt sein, dass  
während des Konflikts mit China im Jahre 1894 und auch  
in dem jetzigen Krieg die japanische Regierung einer Anzahl  
eingeborener christlicher Prediger die Erlaubnis erteilt, das  
Meer als Kapläne zu begleiten. Auch wurde gestattet, dass  
die „Britische und Australische Bibelgesellschaft“ zusammen  
mit der nationalen Bibelgesellschaft Schottlands unter die  
japanischen Soldaten, die in den Krieg zogen, leicht trans-  
portierbare Exemplare des Neuen Testaments in ihrer  
Muttersprache verteilen ließ. Die Christen genießen in  
Japan volle Religionsfreiheit und haben alle Bürgerrechte.  
Der Präsident des Herrenhauses ist seit 1890 Christ (Pres-  
byterianer), und als vor vierzehn Jahren die jetzige Ver-  
fassung in Kraft trat, wurden vierzehn Christen zu Mit-  
gliedern des Abgeordnetenhauses gewählt, eine Zahl, die  
gar nicht in dem richtigen Verhältnis zu dem Prozentsatz  
der Christen unter der Bevölkerung steht. Die Anzahl der  
Christen in Japan wird auf etwa 100,000 geschätzt, wovon  
fast 45,000 der römisch-katholischen und 20,000 der griechisch-  
katholischen Kirche angehören. Die Presbyterianer und  
Sangregationalisten zählen etwa je 10,000, und der Rest  
gehört mit wenigen Ausnahmen der anglikanischen Kirche an.

## Kunst und Wissenschaft.

Die Bibel als Sprachliteratur. Welcher un-  
fassenden Uebersetzungsfähigkeit, die namentlich die Londoner und  
die New Yorker Bibelgesellschaften erlitten, um die Bibel auch  
den unverständlichen Völkern zugänglich zu machen, muss oft die





